

Zwischen Mangel und Überfluss

Tobias Käufer
Geboren 1967 in
Korschenbroich
am Niederrhein,
freier Lateinamerika-
Korrespondent für
deutschsprachige
Medien. Er lebt in
Buenos Aires.

Wie Lebensmittel in Lateinamerika Politik machen

Versorgungskrise in Kuba, Strafzölle gegen brasilianischen Orangensaft oder Rekordweizenernte in Argentinien: Grundnahrungsmittel beeinflussen politische Entwicklungen in den lateinamerikanischen Staaten maßgeblich. Ein GPS-gesteuertes Sprüh-

fahrzeug, ein Mähdrescher von *New Holland* mit 245 PS, Traktoren und Anhänger bilden den beeindruckenden Fuhrpark von Vilmar de Castro (52). Und wie alle Bauern auf der Welt ist de Castro stolz auf das, was er, seine Familie und seine Handvoll Helfer leisten: „Wir sind Ernährer, keine Zerstörer“, sagt de Castro und spielt damit direkt auf die Kritik aus Europa an der südamerikanischen Agrarindustrie an. Diese gilt als hocheffizient, ökonomisch erfolgreich, aber auch als ökologisch umstritten. In Europa gingen viele Landwirte aus Protest gegen das jüngst unterzeichnete Freihandelsabkommen zwischen der Europäischen Union

und den Mercosur-Staaten (Argentinien, Brasilien, Paraguay, Uruguay) auf die Straße. Ob Weinbauern in Frankreich oder Getreideproduzenten aus Deutschland: Die Konkurrenz von Rotwein aus Argentinien oder Weizen aus Brasilien macht ihnen Angst. Und das hat auch Auswirkungen auf das Wahlverhalten und damit die politischen Richtungsentscheidungen. Das musste auch US-Präsident Donald Trump erfahren; als er Brasilien in einem Streit mit Zöllen belegte, wurden Orangensaft und Kaffee in den USA teurer. Nach wenigen Wochen legte Trump die Zölle zu den Akten.

Der Brasilianer Vilmar de Castro ist Soja- und Maisproduzent aus dem Amazonasbundesstaat Pará. Hier werden heute noch große Waldflächen etwa für den Sojaanbau gerodet. „Auch für uns ist es wichtig, den Wald zu erhalten.“ Dass ausgerechnet die Europäer Brasilien kritisieren, wo sie doch selbst auf ehemaligen Waldflächen produzieren, empfindet er als ungerecht. Er habe gehört, dass Deutschland früher aus großen Waldflächen bestand; heute seien dort Äcker und Felder. Mit 220 Hektar Land besitzt er eine für brasilianische Verhältnisse kleine Anbaufläche: „Ich arbeite von früh bis spät, produziere Lebensmittel und zahle Steuern“, sagt der Mann mit den dunkelbraunen Haaren und dem Schnurrbart aus der Gemeinde Santarém. Vilmar de Castro sieht sich als Lebensmittelproduzent: „Wir bekämpfen den Hunger“, sagt er und schüttelt über Europa den Kopf.

Ob Versorgungsengpässe auf Kuba, die sogenannten CLAPs¹ in Venezuela oder die Rekordernten in Brasilien: Ernten, Lebensmittelpreise und die Versorgung mit Grundnahrungsmitteln können Regierungen stützen oder in massive Schwierigkeiten bringen. Denn kaum ein anderes Produkt ist von so elementarer Bedeutung für jeden einzelnen Menschen wie Lebensmittel. Wer in den Laden um die Ecke oder in den Supermarkt geht, spürt die Preisverän-

derungen sehr schnell am eigenen Geldbeutel. Wenn wie in Pandemie- oder Krisenzeiten die Lebensmittel teurer werden, wächst ein Gefühl der Unsicherheit.

Lebensmittel und Armut in Argentinien

Besonders ausgeprägt ist das Thema in Argentinien. Wenn die *Universidad Católica Argentina* (UCA) zum Ende eines Quartals die Armutssumme veröffentlicht, dann löst das in dem südamerikanischen Land nahezu immer eine politische Debatte aus. In Argentinien ist die Quote zur Halbzeit der Präsidentschaft des libertären Präsidenten Javier Milei mit 36,3 Prozent auf den niedrigsten Stand seit 2018 gefallen.

Die Armutssumme setzt sich neben anderen Faktoren auch aus den Preisen für Grundnahrungsmittel wie Milch, Fleisch oder Brot zusammen. Steigen die Preise für die Lebensmittel überdurchschnittlich an, fallen viele Menschen unter die Armutsgrenze. Und es gibt massive Proteste. Gibt es aber eine „Inflationsstabilisierung“ und eine „teilweise Erholung“ der Arbeitseinkommen, Transferleistungen und Sozialschutzsysteme, wie die UCA zuletzt feststellte, dann springen einige Einkommen wieder über die Armutsgrenze. Für Präsident Javier Milei ist das erst einmal ein Erfolg, doch die UCA hat auch eine schlechte Nachricht: Noch ist keine strukturelle Erholung der sozialen Lage zu erkennen.

Constanza Mazzina, Politikwissenschaftlerin an der privaten Universität UCEMA in Buenos Aires, erklärt, wie sich das auf den Alltag der Menschen auswirkt: „Die wichtigste Veränderung ist die Reduzierung der Inflation.

¹ CLAP = „Comités Locales de Abastecimiento y Producción“ („Lokale Komitees für Versorgung und Produktion“), ein staatliches Programm zur Lebensmittelausgabe in Venezuela, das 2016 von Präsident Nicolas Maduro eingeführt wurde, um Lebensmittelknappheit durch eine direkte Haus-zu-Haus-Verteilung zu bekämpfen.

Sie hat das Leben der Menschen deutlich verändert. Ende 2023 haben wir mit dem Geld, für das wir heute ein Kilo Brot gekauft haben, am nächsten Tag schon nicht mehr die gleiche Menge bekommen.“ Dass sich die Inflation stabilisiert hat und die Menschen nun wieder ein Stück weit Lebensmittelplanungssicherheit haben, wirkte sich auch auf die letzten Wahlen aus. Bei den Parlamentswahlen vor einigen Wochen konnte das libertäre Lager um Milei einen deutlichen Sieg einfahren. Zu Beginn von Mileis Amtszeit sorgte der spanische Armenprieser und Befreiungstheologe Francisco „Paco“ Oliveira mit einer Drohung für Aufsehen: Milei-Wählern würde künftig der Zugang zu den von ihm betreuten Suppenküchen verweigert.

Ein Pfund im brasilianischen Wahlkampf 2026

Auch in Brasilien weiß Präsident Luiz Inácio Lula da Silva um die Bedeutung dieser Zahlen. Im Sommer 2025 strich die Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen (*Food and Agriculture Organization of the United Nations, FAO*) Brasilien von ihrer sogenannten globalen Landkarte des Hungers. Diese Schlagzeile ging um die Welt, nicht aber die Details: In acht der elf Bewertungsmaßstäbe hatte sich die Ernährungssituation für die Bevölkerung sogar verschlechtert. Dennoch erklärt die Regierung von Präsident Lula den Kampf gegen den Hunger für erfolgreich beendet. Der Hunger, so die offiziellen Statistiken, sei besiegt. Ein Pfund, mit dem die linke Regierungspartei *Partido dos Trabalhadores* („Partei der Arbeiter“, PT) im Wahljahr 2026 punkten will.

Ein besonders heikles Thema ist die seit Jahren anhaltende Lebensmittelversorgungskrise in Venezuela. Die Regierung des ehemaligen Machthabers Nicolas Maduro rief deshalb 2016 das bereits erwähnte Lebensmit-

telverteilungsprogramm CLAP ins Leben. Es soll Lebensmittel an die bedürftige Bevölkerung liefern, steht jedoch seit seiner Einführung in scharfer Kritik. Die Opposition kritisiert, die CLAP-Lieferungen seien an politische Loyalität geknüpft. Nur wer sich zu den regierenden Sozialisten bekenne, werde mit den staatlichen Lebensmittellieferungen bedacht. Der Staat zwinge damit die Bedürftigen in eine Abhängigkeit von der Regierung. In den letzten Jahren gab es deswegen Plünderungen und Proteste gegen das CLAP-System.

Kuba importiert mehr Lebensmittel aus den USA

Besonders dramatisch ist die Lage auf Kuba. Das Ein-Parteien-Regime schafft es nicht mehr, die eigene Bevölkerung ausreichend mit Lebensmitteln zu versorgen. Worüber die Machthaber in Havanna ungern sprechen, ist der deutliche Anstieg von Lebensmittelimporten aus den USA. In den ersten neun Monaten des Jahres 2025 importierte Kuba laut Angaben des US-Landwirtschaftsministeriums landwirtschaftliche Produkte im Wert von 355 Millionen Dollar aus den USA, 15 Prozent mehr als im gleichen Zeitraum des Vorjahrs. Besonders stark gefragt: Schweinefleisch. Zwischen Januar und September 2025 kaufte die Karibikinsel vom ideologischen Todfeind Schweinefleisch im Wert von 33,6 Millionen Dollar, mehr als doppelt so viel wie im gleichen Zeitraum des Jahres 2024 – Entwicklungen, die dem eigenen Anspruch von Ernährungssouveränität und der lautstarken Kritik am Embargo der Vereinigten Staaten widersprechen. Die USA wiederum betonen: Die Wirtschaftssanktionen gegen die Insel verhindern nicht den Kauf von Lebensmitteln, Medikamenten und anderen lebensnotwendigen Gütern.

Havanna setzt zudem weiter auf Exilkubaner und Besucher aus dem Ausland.

Die Zollbefreiung für die nichtkommerzielle Einfuhr von Lebensmitteln, Hygieneartikeln, Medikamenten und medizinischen Verbrauchsmaterialien wurde Anfang Februar 2026 erneut verlängert – eine Maßnahme, die seit 2021 gilt und eine Folge der historischen Sozialproteste gegen Lebensmittelknappheit, Mangelwirtschaft und die sozialistische Planwirtschaft war. Die Regierung reagierte mit drakonischen Strafen für Demonstranten und die willkürliche Inhaftierung von protestierenden Jugendlichen in Umerziehungslagern. Wie aus Venezuela unter Maduro folgte ein Massenexodus aus Kuba. Dieser hatte wiederum zur Folge, dass das Thema Migration zu einem entscheidenden Aspekt bei den Präsidentschaftswahlen im November 2024 in den USA wurde. Und so schließt sich der politische Kreis von Ursache und Wirkung.

Klimawandel und Versorgungsgänge

Doch nicht nur ökonomische Fehlentscheidungen führen zu Versorgungsgängen und damit zu politischen Turbulenzen. Mehr und mehr werden auch die Folgen des Klimawandels für den Sektor der Lebensmittelversorgung spürbar. In Uruguay hatte eine monatelange Dürre verheerende Konsequenzen für die Ernterträge der Landwirte; zudem verendeten in Bolivien Tausende Rinder und Schweine. In Argentinien sorgte jüngst eine katastrophale Überschwemmung für Ernteausfälle. Auch das mittelamerikanische El Salvador steht nach Einschätzung von Experten vor einem sehr schweren Jahr. Das Frühwarnsystem für Hungersnöte *FEWS NET (Famine Early Warning Systems Network)* warnte bereits im Dezember 2025 vor einer Verschlechterung der Ernäh-

rungssituation in dem mittelamerikanischen Land ab April 2026. Dann seien die landwirtschaftlichen Vorräte der Haushalte voraussichtlich aufgebraucht, und die Beschäftigungsmöglichkeiten im ländlichen Raum würden zurückgehen. Es wäre das zweite Mal, dass Mittelamerika innerhalb kürzester Zeit von akuter Lebensmittelunsicherheit betroffen wäre.

Allein in El Salvador waren 2020 rund 69 Prozent des Landes von Überschwemmungen infolge verheerender Hurrikans in Mitleidenschaft gezogen. Viele Straßen waren zerstört, was den Zugang zu betroffenen Gebieten verhinderte. Insgesamt waren damals rund 1,2 Millionen Menschen in Mittelamerika von den Überflutungen betroffen. Vielerorts hatten die heftigen Regenfälle fast die gesamte Ernte zerstört. Das Welternährungsprogramm der Vereinten Nationen (*World Food Programme, WFP*) leistete gemeinsam mit den zuständigen Regierungen erste Nothilfe und versorgte rund 230.000 Menschen mit Nahrungsmitteln. Auch die FAO stellte eigenen Angaben zufolge 1,5 Millionen US-Dollar für die Landwirtschaft und zur Erhaltung des Viehbestandes zur Verfügung. Noch schlimmer ist es in Haiti: Der Karibikstaat gilt als ärmstes Land der westlichen Hemisphäre. Der Inselstaat wurde in den vergangenen Jahren mehrfach von schweren Naturkatastrophen getroffen und befindet sich in einer politischen Dauerkrise. Fast die Hälfte der Bevölkerung, etwa 4,9 Millionen Menschen, habe nicht genug zu essen, um gesund zu überleben, hieß es zuletzt aus UN-Kreisen. Die politischen Konsequenzen: Immer mehr Menschen schließen sich bewaffneten Banden an, die das Land terrorisieren. Eine Abwärtsspirale, aus der es kaum ein Entrinnen gibt und die in einem engen Zusammenhang mit der Ernährungsunsicherheit steht.